



DGB

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro Niedersachsen

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – eine Zwischen- bilanz nach zweieinhalb Jahren Teilhabechancengesetz

ONLINE-Veranstaltung, 9. Juni 2021, 18:00 Uhr

ONLINE

ONLINE-VERANSTALTUNG

Verantwortlich

Stephan Meuser, Leiter des Landesbüros Niedersachsen
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Konzeption

Lars Niggemeyer, DGB

HINWEIS

Technische Voraussetzungen: PC, Laptop oder Tablet mit Internetzugang, Audio- und Videokanal, plus aktuellem Internet-Browser, Software Zoom. Steht dies nicht zur Verfügung, können Sie auch über Ihr Smartphone teilnehmen.

Technische Moderation: **Jennifer Burger**, Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Zielgruppe: Offen für alle Interessierten. Die Veranstaltung ist kostenfrei. Diese Einladung darf gern an interessierte Personen im Umfeld weitergeleitet werden.

Organisation

Jennifer Burger

Friedrich-Ebert-Stiftung

Landesbüro Niedersachsen

Tel.: 0511 357708-30, Fax: 0511 357708-40

E-Mail: niedersachsen@fes.de

Datenschutzhinweise: <https://www.fes.de/datenschutzhinweise/>

Internet: www.fes.de/niedersachsen

Facebook: FES-Niedersachsen, Twitter: FES_Nds

Instagram: [fes_niedersachsen](https://www.instagram.com/fes_niedersachsen)

**Die Zugangsdaten werden nach verbindlich erfolgter
Anmeldung verschickt.**

**Wir bitten um Ihre Anmeldung bis zum 07.06.2021
per E-Mail unter: niedersachsen@fes.de oder online:**

Anmeldung online:



Bereits vor der Corona-Pandemie waren etwa 800.000 Menschen in Deutschland langzeitarbeitslos. Ohne besondere Unterstützung haben sie oftmals keine Chance, eine reguläre Beschäftigung zu finden. Entweder sind die Qualifikationsanforderungen zu hoch oder die Arbeitgeber wollen Langzeitarbeitslose selbst für Helfer_innen-tätigkeiten nicht einstellen, da sie ihnen wenig zutrauen. Hier setzt das seit Januar 2019 geltende Teilhabechancengesetz an. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung bis zu 150.000 Menschen in sozialversicherungspflichtige Jobs bringen. Mit vier Milliarden Euro fördert sie die Programme des Teilhabechancengesetzes bis 2022. Das Geld fließt vor allem in Lohnkostenzuschüsse und eine beschäftigungsbegleitende Betreuung der vormaligen Arbeitslosen.

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Teilhabechancengesetzes – kurz vor der Corona-Krise – hatten bereits rund 42.000 Langzeitarbeitslose mit Hilfe der Förderung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen. Doch in Folge der Coronakrise ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen inzwischen auf über eine Million angestiegen. Daher stellt sich die Frage, wie mit dem Teilhabechancengesetz und weiteren staatlich geförderten Arbeitsmarktmaßnahmen die Betroffenen wieder Arbeit erhalten können.

Wir wollen deshalb am 9. Juni 2021 ab 18 Uhr mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, **Anette Kramme**, sowie der stellvertretenden DGB-Bundesvorsitzenden **Anja Piel** und **Peter Waldburg**, Leiter der städtischen Beschäftigungsförderung von Hannover, darüber diskutieren, welche Zwischenbilanz man im Jahr der Bundestagswahl ziehen kann und welche Möglichkeiten der verbesserten Integration langzeitarbeitsloser Menschen es gibt.



© picture alliance / dpa | Sebastian Kahnert

18.00 Uhr

Begrüßung

Stephan Meuser

Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Impulse

Anette Kramme, MdB

Parl. Staatssekretärin im BMAS, Berlin

Anja Piel

Stv. Bundesvorsitzende des DGB, Berlin

Peter Waldburg

Leiter der städtischen Beschäftigungsförderung Stadt Hannover

anschließend **moderiertes Gespräch**

unter Leitung von **Lea Karrasch**, Hannover

19.15 Uhr

Ende der Veranstaltung

**Arbeit statt Arbeitslosigkeit
finanzieren – eine Zwischen-
bilanz nach zweieinhalb Jahren
Teilhabechancengesetz**